Arbeitspapier

Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Klimaverträglichkeit – Eckpunkte eines Gesamtkonzeptes für die Energiewende

Stand: 21.01.2025

Jedes Scheitern birgt auch eine Chance. So bedeutet das Ende der Ampel eine neue Chance für ein Gesamtkonzept zur Energiewende – ein Konzept, das in sich stimmig ist und eine klare Zielvorgabe mit marktwirtschaftlichen Instrumenten kombiniert. Aus Sicht des Wirtschaftsrates sollte ein solches Programm folgende Eckpunkte reflektieren:

1. Systemansatz statt Einzelmaßnahmenchaos

Die vergangenen 25 Jahre haben hinlänglich gezeigt, dass die bloße und oft teuer subventionierte Verfolgung von Einzelzielen das Gesamtsystem weder sicherer noch kosteneffizient gemacht hat. Im Gegenteil: manche Einzelmaßnahmen arbeiteten sogar gegeneinander. Weder die Maximierung des Ausbaus erneuerbarer Energien noch die extremen Anforderungen an die Sauberkeit von Wasserstoff haben zur Systemstabilisierung beigetragen. Der Wirtschaftsrat fordert, alle laufenden und zukünftigen Maßnahmen im Stromsystem im Hinblick auf ihren Beitrag zur Systemstabilisierung zu beurteilen und ggf. zu modifizieren oder auch zu beenden.

2. Emissionshandel wieder als Leitinstrument verankern

Der Emissionshandel sollte wieder als Leitinstrument verankert werden. Nur mit dem Emissionshandel können die Klimaschutzziele zu den geringstmöglichen volkswirtschaftlichen Kosten erreicht werden. Der Wirtschaftsrat hält am Ziel der europäischen Klimaneutralität bis 2050 fest. Klar ist dabei, dass Deutschland als größtes Industrieland der Europäischen Union besondere Verpflichtungen hat. Klar ist aber auch, dass bei einer Festlegung des europäischen Emissionshandels als Leitinstrument im Wesentlichen die Märkte über die zeitliche und räumliche Verteilung der Anstrengungen zur Emissionsminderung entscheiden; geographisch gefasste Vorgaben von Teil- und Zwischenzielen sind daher nicht prioritär.

3. Einheitliches Marktdesign schaffen, erneuerbare Energien in den Markt integrieren

Wir regen die Abschaffung der bisherigen EEG-Förderung und die Schaffung eines Marktdesigns an, das die erneuerbaren Energien mit ihrer weitgehend CO2-freien Stromerzeugung in den Markt integriert. Wichtig ist es, dabei – im Rahmen eines Kapazitätsmarktes und in kosteneffizienter Weise – einen Anreiz zu schaffen für ausreichend steuerbare Leistung, Nachfrage-Flexibilitäten sowie ausreichend Speicher. Nur so lässt sich die Versorgungssicherheit garantieren. Als Vorbereitung dieses Kapazitätsmarktes sollten in einem schlanken und pragmatischen Beihilfeantrag Gaskraftwerke im Umfang von 20 bis 25 GW in Brüssel zur Genehmigung vorgelegt werden. Diese Gaskraftwerke sollten

perspektivisch zu Wasserstoffkraftwerken umgerüstet werden können. Einen mit Strafen verknüpften Zeitplan halten wir in diesem Kontext nicht für zweckmäßig.

4. Endlich Digitalisierung ermöglichen

In anderen europäischen Ländern wird aktuell bereits die zweite Generation von digitalen Stromzählern eingebaut, in Deutschland ist noch nicht einmal die erste Generation verbreitet. Entgegen aller Schönrednerei hinkt Deutschland in diesem wichtigen Feld deutlich hinterher. Die Potentiale von fluktuierender Einspeisung in Bezug auf Klimaschutz und Kostenreduktion lassen sich ohne Digitalisierung jedoch nicht annähernd heben. Der Wirtschaftsrat fordert, im Wirtschafts- und Energieministerium einen Staatssekretär mit der Querschnittsaufgabe Digitalisierung zu betrauen, um endlich messbare Fortschritte zu erzielen.

5. Europäische Energienachbarn einbeziehen

Deutschland hat in den letzten Jahren bei der Planung der Energiewende wenig Rücksicht auf seine europäischen Energienachbarn genommen. Sowohl durch geplante Maßnahmen als auch durch ungeplante, aber absehbare Effekte gab es anderswo teilweise schwerwiegende Auswirkungen, beispielsweise durch die Einleitung von übermäßig viel Windstrom oder grenzüberschreitende Preiseffekte bei einem Angebotsdefizit in Deutschland. Nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine hat der unabgestimmte Gaseinkauf zu einem unnötig hohen Preisanstieg geführt. Von unseren Nachbarländern wurde dies vielfach als egoistische Ellenbogenpolitik betrachtet.

Die Europäische Union wird auch in der Energiepolitik nur dann erfolgreich sein, wenn Deutschland zukünftig seine Nachbarn rechtzeitig in seine Planungen einbezieht.

6. Wettbewerbsfähige Strompreise für die Industrie ermöglichen

Die deutsche Industrie benötigt wettbewerbsfähige Energiepreise. Insbesondere der Strompreis ist in Deutschland im Vergleich zu anderen Industriestaaten noch immer viel zu hoch und treibt daher die Deindustrialisierung. Der Wirtschaftsrat fordert, die Strompreise für die Industrie zu stabilisieren. Die Stromsteuer muss zu diesem Zweck auf das europarechtlich mögliche Minimum begrenzt werden. Netzentgelterleichterungen für die stromintensive Industrie sowie kostenlose Zuteilung von CO2-Zertifikaten für den bisherigen Empfängerkreis im Rahmen des europäischen Rechts gilt es beizubehalten. Beim Netzausbau ist ein regelmäßiges enges Monitoring erforderlich, um ihn auf das notwendige Maß zu begrenzen. Der Erdkabelvorrang bei Übertragungsnetzen erscheint uns verzichtbar. Letztlich hilft allerdings nur eine Angebotsausweitung, um dauerhaft niedrige Strompreise garantieren zu können, wie sie vor allem durch eine Rückholung der Kernkraftwerke und durch die übergangsweise notwendige heimische Gasförderung durch Fracking umsetzen werden können. Insgesamt haben zahlreiche wissenschaftliche Studien bestätigt, dass in einem funktionierenden Markt dauerhaft geringere Preise gelten als in einem System mit ständigen und willkürlichen politischen Eingriffen.

7. Elektromobilität durch bessere Ladeinfrastruktur attraktiver machen

Unzweifelhaft wird die Elektromobilität einen erheblichen Marktanteil erobern, insbesondere im Pkw-Bereich. Auf der anderen Seite wird es immer auch Anwendungen geben, beispielsweise bei Bau-, Kommunal- oder Militärfahrzeugen, die auf lange Zeit mit Molekülen aller Art betrieben werden. Die exakte Grenze dazwischen wird durch Kostenrelationen am Markt ermittelt werden, nicht durch die Politik.

Technologieoffenheit bedeutet in diesem Fall nicht, dass der Staat sich beim Hochlauf der Ladeinfrastruktur heraushalten kann. Viele Ladepunkte entstehen notwendigerweise auf öffentlichen Flächen und sind mit entsprechenden Planungs- und Genehmigungsprozessen verbunden. Wir fordern die Vereinfachung dieser Prozesse, um mehr Ladepunkte zu ermöglichen, und zugleich mehr Wettbewerb der Stromanbieter, um die Preise für die Nutzer zu senken. Durch mehr Lademöglichkeiten und niedrigere Preise wird die Elektromobilität deutlich attraktiver werden. Die Zwangsverpflichtung von Anbietern zum Aufbau und Bereithalten von Ladesäulen lehnt der Wirtschaftsrat dagegen entschieden ab.

8. Kraft-Wärme-Kopplung rechtlich absichern

Die Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) mit dem Brennstoff Erdgas ist die optimale Übergangstechnologie hin zu einer perspektivisch dekarbonisierten Wärmeversorgung. Die Ablösung von Kohle und Öl als Brennstoff durch Gas-KWK ist ein wichtiger Schritt zur nachhaltigen Senkung des CO2-Ausstoßes. Wir fordern die neue Bundesregierung auf, sich um die erforderliche beihilferechtliche Erlaubnis aus Brüssel zur weiteren Förderung von KWK zu bemühen. Der Ausbau von Fernwärme und Quartierslösungen bei gleichzeitig angestrebter CO2-Reduzierung ist ohne Gas-KWK nicht zu bewerkstelligen.

9. Wärmeversorgung von Gebäuden nicht mit Zwangsmaßnahmen dekarbonisieren

Die Ampelkoalition hat mit ihrem maximal ungeschickt kommunizierten „Heizungsgesetz“ die Menschen tief verunsichert. Der Wirtschaftsrat fordert, auf Zwangsmaßnahmen im Zusammenhang mit der Gebäudewärme zu verzichten und auch in diesem Bereich auf die Anreizwirkung des Emissionshandels zu setzen. Die Wärmepumpe ist ein effektives und effizientes Mittel zur Wärmeversorgung von Gebäuden und wird sich auf breiter Front durchsetzen, wenn weitere Störfeuer von Seiten der Politik unterbleiben. Die Hersteller haben erhebliche Mittel in die Produktionskapazitäten investiert, so dass sich der Schaden durch die Politik der Ampel zeitnah beheben lässt. Außerdem sollte als handlungsleitendes Prinzip bei der Raumwärme anstatt der bisherigen Energieeffizienz die Emissionseffizienz verankert werden, um das Ziel sinkender CO2-Emissionen zu den geringstmöglichen Kosten zu erreichen.

10. Akzeptanz der Energiewende durch ein Klimageld sicherstellen

Durch das Verhalten der Ampelkoalition beim „Heizungsgesetz“ sowie durch Agitation von Populisten ist die Akzeptanz der Energiewende beim Bürger akut gefährdet. Gerade ältere Menschen mit durchschnittlicher Rente sahen sich durch eine angedrohte Verpflichtung zum teuren Heizungstausch überfordert.

Der Wirtschaftsrat fordert die Politik auf, den Menschen nicht Angst zu machen, sondern im Gegenteil Begeisterung für die Energiewende zu erzeugen. Dazu gehört, dass niemand finanziell überfordert wird. Daher fordert der Wirtschaftsrat als Ausgleich zu den absehbaren Belastungen durch den ETS 2 das lange versprochene Klimageld zur Auszahlung zu bringen. Das heißt: wer in der Lage ist, durch Verhaltensänderung oder Nutzung moderner Technik CO2 einzusparen, wird finanziell profitieren. Wer dazu nicht in der Lage ist, wird wenigstens nicht zusätzlich belastet. Damit schafft die Politik Anreize für klimafreundliches Verhalten, ohne den Einzelnen zu überfordern.